

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ des Stadtteilbeirats Findorff am 10.02.2026 im Übergangwohnheim Corveystraße, Corveystraße 17, 28215 Bremen

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Nr.: XIV/1/26

Teilgenommen haben:

Beiratsmitglieder

Beatrix Eißen
August Kötter
Luca Müller
Svenja Rohlfing

Sachkundige BürgerInnen

Hille Brünjes
Yvonne Gnutzmann
Markus Schmidt-Gröttrup

VertreterIn nach § 23 (5)

Verhindert sind:

Anke Bittkau
Madeleine Gerding
Pia Straßburger

in Vertretung: Beatrix Eißen
keine Vertretung
in Vertretung: Luca Müller

Gäste:

Moritz Gerner-Beuerle

Geschäftsführung, Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) –
Migration und Integration gGmbH

Tobias Lehr

Referat Zuwandererangelegenheiten, Die Senatorin für
Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI)

Katharina Jendis

Referat Zuwandererangelegenheiten, Die Senatorin für
Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

sowie interessierte Bürger:innen

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: Nr.: XIV/3/25 vom 11.11.2025

**TOP 3: Geflüchtete Menschen in Findorff: Möglichkeiten und Grenzen der
Integration vor Ort**

TOP 4: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Yvonne Gnutzmann wird als neue Sachkundige Bürgerin für die CDU und Markus Schmidt-Gröttrup als neuer Sachkundiger Bürger für die Grünen begrüßt. Beide stellen sich kurz vor.

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIV/3/25 vom 11.11.2025

Das Protokoll XIV/3/25 vom 11.11.2025 wird einstimmig beschlossen. Das Protokoll XIV/2/25 vom 02.09.2025, das in der Einladung zur Beschlussfassung angekündigt wurde, wurde schon auf der nichtöffentlichen Sitzung am 11.11.2025 beschlossen.

TOP 3: Geflüchtete Menschen in Findorff: Möglichkeiten und Grenzen der Integration vor Ort

Herr Gerner-Beuerle, Geschäftsführer der ASB Migration und Integration gGmbH, stellte das Übergangswohnheim (ÜWH) Corveystraße vor, das der ASB vor drei Jahren von der Inneren Mission übernommen hat. Im Mittelpunkt der Präsentation standen die Themen Arbeitsmarktintegration, Bildung, Wohnraumsituation sowie aktuelle Problemlagen.

Die ersten Erfolge in der **Arbeitsmarktintegration** sind bereits sichtbar: Aktuell leben in der Einrichtung 72 Erwachsene, davon sind 32 in Beschäftigung. Viele Bewohner:innen leben mit ihren Familien in der Einrichtung.

2024 wurde ein spendenfinanziertes Projekt zur Arbeitsmarktberatung ins Leben gerufen. Zwei Mitarbeitende unterstützen interessierte Geflüchtete auf Grundlage individueller Bildungsabfragen bei der Vermittlung in Arbeit. Dabei zeigen sich zentrale Hürden wie fehlende Sprachkenntnisse oder der erschwerte Nachweis vorhandener Qualifikationen, wenn Zeugnisse und Zertifikate fehlen. Dies führt häufig zu Problemen im Kontakt mit Behörden. Das Projekt verzeichnet erste Erfolge, auch wenn nicht alle Beratungen unmittelbar in eine Beschäftigung münden. Positiv ist insbesondere der Abbau von Berührungsängsten sowie die Stärkung der Eigeninitiative bei der Arbeitssuche.

Im Hinblick auf das **Bildungssystem** funktioniert die Zuweisung der ankommenden Kinder auf Schulplätze sehr gut, da auch unterjährig eingeschult wird. Viele der ankommenden Jugendlichen aus den letzten Jahren haben ihre schulische Laufbahn bereits beendet und eine Ausbildung begonnen oder ein Studium aufgenommen. Bei der Kita-Suche kommt es vereinzelt zu Verzögerungen, da Neuaufnahmen meist nur zweimal jährlich erfolgen.

Die angespannte Lage auf dem Bremer **Wohnungsmarkt** stellt die größte Herausforderung dar. Viele Bewohner:innen möchten aus dem ÜWH in eigenen Wohnraum ziehen, finden jedoch keine passende Wohnung. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt zwei bis drei Jahre. Für Alleinstehende und Paare ist es leichter eine Wohnung zu bekommen, besonders schwierig ist die Situation für Familien mit mehr als vier Personen.

Aus dem ÜWH Corveystraße sind bisher 221 Personen ausgezogen, davon 160 in eigenen Wohnraum, 12 davon konnten in Findorff bleiben. Geflüchtete gelten für Vermieter:innen oft als weniger attraktive Mieter:innen, unter anderem aufgrund von Sprachbarrieren oder unsicheren Aufenthaltstiteln. Unterstützung bietet in Bremen das Projekt „Zukunft Wohnen“, das seit 2013 Sozial- und Wohnraumberatung anbietet. Die Gewoba gibt ein monatliches Kontingent an Wohnraum aus, der an die Personen vergeben wird, die bereits am längsten warten. Es findet über ein Jahr hinweg eine Nachsorge mit ca. zwei Terminen statt.

Die Geflüchteten aus dem ÜWH Corveystraße würden in großen Teilen gerne in Findorff wohnen bleiben, da ihre Kinder hier bereits in die Schule gehen, in einem Sportverein aktiv sind, sie sozialen Beziehungen aufgebaut haben und es Beratungsmöglichkeiten direkt vor Ort gibt. Deswegen wird das ÜWH Corveystraße als Wohnort zum Teil Wohnungen in anderen Stadtteilen vorgezogen. Geflüchtete Menschen kommen aus sehr unsicheren Verhältnissen und haben im ÜWH meist zum ersten Mal die Möglichkeit sich wieder sicher zu fühlen. Ein Umzug in einen anderen Stadtteil kann erneut zu tiefer Verunsicherung führen.

In den letzten 1,5 Jahren kommt es immer wieder zu Härtefällen, bei denen deutlich wird, dass die Menschen sich sehr um Wohnraum bemühen, aber aufgrund des Wohnungsmarktes keine Chance haben eine Wohnung z. B. für eine 7-köpfige Familie zu finden. Das Wohnen im ÜWH wird für Menschen mit Job oder Anrecht auf Leistungen des Jobcenters unattraktiv, da SASJI eine relativ hohe Nutzungsgebühr pro Person erhebt. Bei Familien summieren sich diese

Kosten. Der Wohnraum, der benötigt wird, ist nicht vorhanden. Die Verwaltung hat hier nur begrenzt Möglichkeiten, um einzugreifen.

Als **aktuelle Problemlagen** werden die Auszugskrise, Gesundheitsversorgung, bürokratische Hürden und Rechtsunsicherheit genannt.

Die **Gesundheitsversorgung** in Findorff funktioniert aufgrund einer guten hausärztlichen Vernetzung recht gut. Schwieriger gestaltet sich der Zugang zu Fachärzt:innen, da weniger Termine vorhanden sind und die Begleitung durch ein:e Dolmetscher:in vorgeschrieben ist. Hier unterstützt das ehrenamtliche Projekt „Sprinter“, das sprachkundige Begleiter:innen vermittelt. Lange Wartezeiten auf Facharzttermine erschweren jedoch die Koordination. In den vergangenen anderthalb Jahren sind vermehrt schwer erkrankte Menschen angekommen. Zudem treten psychische Erkrankungen oft erst nach einer Phase relativer Stabilität offen zutage, was zusätzliche Unterstützung erforderlich macht.

Als **Auszugskrise** wird die Situation betitelt, dass fehlender Wohnraum Plätze für neu ankommende Geflüchtete blockiert. In diesem Kontext erläutern die Referent:innen, dass es in den letzten Jahren eine angespannte Zugangssituation, vor allem aus Afghanistan, Syrien und Ukraine, gab. In den vergangenen Jahren wurden zeitweise bis zu 10.000 Geflüchtete jährlich in Bremen aufgenommen, diese Situation hat sich nun deutlich entspannt. Im letzten Jahr sind ca. 4.000 Geflüchtete in Bremen aufgenommen worden.

Es besteht jedoch die Herausforderung, die vielen Geflüchteten aus den Jahren zuvor zu integrieren. Der angespannte Wohnungsmarkt führt dazu, dass rund 700 Personen, die noch im Landeserstaufnahmesystem betreut werden und eigentlich schon in eigenen Wohnraum wohnen könnten, dies nicht können. Auch ein Umzug in ein ÜWH ist nicht möglich, da es in diesen aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes weniger Auszüge gibt. Die ÜWHs sind andauernd ausgelastet, das kommunale System ist also dauerhaft in der Volllast.

Ein zusätzliches Problem ist die **Rechtsunsicherheit** für Geflüchtete vor Ort. Die aktuelle Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sorgt bei vielen Geflüchteten für Verunsicherung – etwa darin in ihrem Status nicht anerkannt zu werden, dass Familienmitglieder nicht nachziehen dürfen oder auch dass einzelne Familienmitglieder aufgrund eines anderen Rechtsstatus abgeschoben werden. Diese Sorgen hemmen die Integration, was sich z. B. in nicht abgeschlossenen Deutschkursen äußert.

Darüber hinaus bestehen **bürokratische Hürden** im Zugang zum Arbeitsmarkt. Der ASB würde sich wünschen, dass es direkt vom Jobcenter Beratungsangebote für Geflüchtete vor Ort in den ÜWHs gibt. Viele Geflüchtete sind motiviert zu arbeiten, haben jedoch Berührungängste, weil sie z. B. ihre Qualifikation nicht nachweisen können. Hier würde es helfen, wenn Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die Qualifikationen bewiesen werden oder in verkürzter Zeit nachgeholt werden können. Es braucht eine Betreuung über diese Art der Hürden hinweg. Diese Leistung gibt es bisher nicht, wahrscheinlich auch, weil die Personalressourcen nicht gegeben sind.

Das **ehrenamtliche Engagement** im ÜWH Corveystraße ist in den vergangenen acht Jahren – vor allem in Folge der Corona-Pandemie – von ca. 60 auf 13 Personen deutlich zurückgegangen. Im Vergleich zu anderen ÜWHs ist die Lage in der Corveystraße dennoch positiv, in anderen ÜWHs gibt es keine Ehrenamtlichen mehr.

Aus Sicht des ASB entsteht nachhaltige Integration vor allem dort, wo persönliche Begegnungen stattfinden und Menschen sich angenommen fühlen. Das passiert vor allem, wenn Menschen aus dem Stadtteil Zeit mit Geflüchteten verbringen – unabhängig davon, was in dieser Zeit gemacht wird. Im ÜWH Corveystraße werden eine Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe und Deutschkurse ehrenamtlich angeboten. **Der ASB freut sich über jede:n, der etwas anbieten möchte.** Es gibt Räumlichkeiten, die Möglichkeit für Aktivitäten Mittel zur Verfügung zu stellen und viele Menschen, die sich freuen, wenn sich Zeit für sie genommen wird. Der ASB würde es sehr begrüßen, wenn sich neue Angebote entwickeln.

Der ASB erlebt die Zusammenarbeit mit Institutionen und Bürger:innen im Stadtteil als sehr wertschätzend und bedankt sich für die offene Atmosphäre im Stadtteil.

Im anschließenden Austausch werden unter anderem Fragen zu Spracherwerb, Sprachkursen, Gesundheitsversorgung, Angeboten für geflüchtete Frauen, Entlastung von Müttern und Vätern und Integrationserfolgen erörtert.

TOP 4: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

- **Verbesserung der Barrierefreiheit in Findorff: Umgang mit E-Scootern, Antwort der Senatorin für Inneres und Sport (SIS):**

Der Beirat hatte die Forderung beschlossen, dass definierte Abstellflächen für E-Scooter im Stadtteil eingerichtet werden sollen. Die Rückgabe von E-Scootern soll dann nur noch an diesen Rückgabeorten möglich sein. Zusätzlich wurde die Aktivierung eines akustischen Signals bei liegenden E-Scootern eingefordert. Dies hat zum Hintergrund, dass sehbehinderte Menschen über ein akustisches Signal die Scooter über eine App orten können, wodurch schwere Unfälle vermieden werden können.

Laut SIS sollen E-Scooter-Abstellflächen zukünftig an mobil.punkten (Carsharing) eingerichtet werden und zwar dort, wo Platz ist, die Einrichtung einen Mehrwert bietet und nicht zum Fahren auf dem Gehweg verleitet. Ab 2026 sollen zusätzlich E-Scooter-Abstellflächen an „Ausleih-Hotspots“ eingerichtet werden – vorausgesetzt die notwendigen Haushaltsmittel sind verfügbar. Findorff wird hierbei berücksichtigt und zu gegebener Zeit wird der Beirat über Lage und Anzahl der Standorte informiert. Bezüglich eines akustischen Warnsignals bei liegenden E-Scootern wird für das nächste Auswahlverfahren von in Bremen tätigen Verleihunternehmen eine entsprechende Vorrichtung eingefordert.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

- **Verbesserung der Barrierefreiheit in Findorff: Einrichtung eines Barrierekatasters, Antwort der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS):**

Der Beirat hat beschlossen sich dem Beschluss des Beirates Hemelingen vom 16.01.2025 anzuschließen und die Einrichtung eines Barrierekatasters zu fordern, dass regelmäßig auch durch Beiratsmitglieder und Bürger:innen des Stadtteils aktualisiert werden kann. Die gesammelten Barrieren im öffentlichen Raum und die möglichen Maßnahmen zum Abbau dieser Barrieren sollen dann nach und nach abgearbeitet werden. Dafür soll ein ressortübergreifenden Fördertopf eingerichtet werden.

SBMS begrüßt den Beschluss des Beirates und verweist auf diverse Vorhaben in der bremischen Behördenlandschaft, die dieses Ziel auf unterschiedliche Art verfolgen. Gesammelt werden viele Daten im Geoportal Bremen. Hier soll nun geprüft werden, welche Daten der Öffentlichkeit zusätzlich zugänglich gemacht werden können, um aufzuzeigen, wo Überfahrten (Absenkungen), Querungshilfen, Beleuchtung usw. bereits erfasst sind. Das Geoportal bietet sich als Datengrundlage an, da bereits viele verschiedene Daten vorhanden sind. Dementsprechend sollte auf die Einrichtung eines zusätzlichen Katasters aus wirtschaftlichen Gründen verzichtet werden.

SBMS zeigt sich offen für konkrete Vorschläge des Beirats hinsichtlich der Integration von Daten, die durch die jährlichen Befahrungen der Straßenräume in Bremen aufgenommen werden können. Der Beirat wüsste hierzu gerne, wie die Vorschläge aussehen sollen, also was, wie, in welcher Form gemeldet werden könnte.

- **Zukunft der Mädchenarbeit nachhaltig sichern**

Dem Beirat wurde zugetragen, dass aufgrund fehlender Mittel eine Person im DRK-Jugendfreizeitheim Findorff entlassen werden muss. Leider soll dies wohl dazu führen, dass die Mädchenarbeit nicht fortgesetzt werden kann. Mittels eines Beschlusses hat sich

der Beirat an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI) gewendet, um die nachhaltige Sicherung der Mädchenarbeit für Findorff einzufordern.

SASJI weist darauf hin, dass dem Amt für Soziale Dienste und der zuständigen Behörde aktuell keine Informationen zu dem vom Beirat geschilderten Fall vorliegen. Es wird bekräftigt, dass gendersensible Jugendarbeit ein wichtiger Bestandteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist. Allerdings gilt für Bremen ab 2026 eine haushaltslose Zeit. Bis zur Verabschiedung eines neuen Haushalts gilt eine vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung. In dieser Zeit dürfen institutionelle Zuwendungen nur fortgeführt werden, wenn sie für den Dienstbetrieb unbedingt notwendig sind.

Der Beirat bittet das Ortsamt um Klärung mit dem Deutschen Roten Kreuz (Träger), warum die Mädchenarbeit aufgegeben wurde und ob es einen Anlass gab, dies nicht an die zuständige Behörde zu kommunizieren.

Bereits durch das Ortsamt nach Rücksprache mit den Mitgliedern des Fachausschusses bearbeitet:

- Beschluss betr. „Zukunft der Mädchenarbeit nachhaltig sichern“ (beschlossen per förmlichen Umlaufverfahren gemäß § 6 (8) der Geschäftsordnung des Beirates Findorff am 04.12.2025). Sh. Anlage 1

Im Rahmen der internen Sitzung des Fachausschusses im November wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Beschluss betr. „Verbesserung der Barrierefreiheit in Findorff: Umgang mit E-Scootern“. Sh. Anlage 2.
- Beschluss betr. „Verbesserung der Barrierefreiheit in Findorff: Einrichtung eines Barrierekatasters“. Sh. Anlage 3.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- **Sicherung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Unterstützung des Beschlusses des Beirats Mitte und des Beirats Östliche Vorstadt**

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt haben am 11.11.2025 einen gemeinsamen Beschluss zur Sicherung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) gefasst. Diesen möchten sie nun um die Forderung nach einer Erhöhung der Mittel um etwa 610.000 Euro für eine auskömmlichen Finanzierung ergänzen, um die Zukunft der Träger(vielfalt) der OKJA in Mitte, Östliche Vorstadt und Findorff (SZ3) sicherzustellen. Der Zeitplan sieht vor, dass das Amt für Soziale Dienste bis zum 23.02.2026 einen Vorschlag zur Finanzierung einreicht, die nächste Planungskonferenz findet am 12.03.2026 statt. Der Beschluss sollte idealerweise zwischen den beiden Terminen gefasst werden. Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt würden sich freuen, wenn sich der Beirat Findorff ihrem Beschluss anschließt.

Der Beirat Findorff spricht sich dafür aus sich dem beschriebenen Beschluss anzuschließen. Sobald der konkretisierte Beschluss vorliegt, wird der Beirat Findorff darüber im Umlaufverfahren beschließen.

- **Themenvorbereitung für die nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung des Fachausschusses findet am 02.06.2026 statt. Zur Auswahl stehen die Themen „Obdachlosigkeit und Sucht“ oder die Organisation eines Seniorennachmittags durch den Beirat. Nach einiger Abwägung entscheidet sich der Beirat dafür das Thema „Obdachlosigkeit und Sucht“ für die Sitzung am 02.06.2026 vorzubereiten und den Seniorennachmittag für den Sitzungstermin nach den Sommerferien.

Bereits durch das Ortsamt an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- Mitteilung des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) betr. Arbeitskreis (AK) Kinder und Familie Mitte/Östliche Vorstadt (MÖV) und Findorff, hier: Protokoll der Sitzung vom 06.11.2025.

- Mitteilung des AfSD betr. Kooperationsrunde (Kooprunde) Jugendarbeit MÖV/Vernetzungstreffen Jugendarbeit Findorff, hier: Protokoll der Sitzung vom 20.11.2025.
- Zukunft der Mädchenarbeit nachhaltig sichern, Antwort der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf den Beschluss des Fachausschusses vom 04.12.2025.
- Seniorensportgeräte, Antwort der Senatorin für Umwelt, Klimaschutz und Wissenschaft auf das Auskunftersuchen des Fachausschusses Soziales vom 12.11.2025.
- Mitteilung des Vereins tanzbar_bremen e.V. betr. Raumvermietung Plantage 13.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecherin:

- Laura Kersting -

- Anke Bittkau –

Anlagen

Vorläufiges Protokoll